

# Beteiligungshaushalt macht Schule

Haushaltsserie (Teil V): In acht Schulklassen stellt das Jugendbüro den Beteiligungshaushalt vor – Los ging's im St.-Ursula-Gymnasium

**Wie funktioniert der städtische Haushalt, wo geht das viele Geld hin, und seit wann gibt es junge Stadträtinnen und Stadträte? Diese und andere Fragen beantwortet das Jugendbüro innerhalb der praxisnahen Unterrichtseinheit „Jugend im Beteiligungshaushalt“. Den Auftakt machte das St.-Ursula-Gymnasium in der Eisenbahnstraße.**

„Guten Morgen, Herr Heckhausen“, ruft es etwas träge, aber wie aus einem Munde. Man kann sich kaum vorstellen, dass im Raum 502 des St.-Ursula-Gymnasiums 27 Mädchen sitzen. Ihr Lehrer Tobias Heckhausen kennt seine Schülerinnen offensichtlich gut. „Haben euch die zwei Stunden Sport schon derart ge-

schwächt?“, fragt er daher mit einem leichten Schmunzeln. Aktuell steht nun jedoch Gemeinschaftskunde an, und dazu sind an diesem Montagmorgen Ronja Posthoff und Christine Golz zu Gast.

Die beiden pädagogischen Mitarbeiterinnen des Jugendbüros Freiburg starten am Ursula-Gymnasium das Projekt „Jugend im Beteiligungshaushalt“. Bis 10. Februar geht das Team in acht 8. Klassen, um den Schülerinnen und Schülern die Thematik des städtischen Haushalts und ihre Möglichkeit der Mitwirkung näherzubringen. 8. Klasse deshalb, weil in dieser Jahrgangsstufe Kommunalpolitik auf dem Lehrplan steht. Unterstützung bekommen sie dabei von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten verschiedener Fraktionen.

## Beteiligungshaushalt – was ist das?

Wie sich nach einer lockeren Begrüßungsrunde herausstellt, haben die meisten Schülerinnen der Klasse 8d bislang noch nichts vom Beteiligungshaushalt gehört. Lediglich zwei der 27 Mädchen geben an, bereits etwas in der Zeitung darüber gelesen zu haben. „Ihr könnt euch den städtischen Haushalt ein wenig wie einen Familienhaushalt vorstellen“, erklärt Ronja Posthoff deshalb, „da überlegen eure Eltern auch, wofür Geld ausgegeben werden muss.“ Genau so sei es beim städtischen Haushalt.

Um mit dem Thema vertraut zu werden, folgt ein Ratespiel. Dabei staunen die Mädels nicht schlecht, als sie hören, um wie viel Geld es bei den aktuellen Haushaltsverhandlungen geht: zwei Milliarden Euro. Das hätte keine gedacht, und so schnellen die Hände nur so in die Höhe: „Woher kommt das



Gemeinschaftskundeunterricht mal anders: Ronja Posthoff (4. v. r.) vom Jugendbüro Freiburg erklärt zusammen mit Stadträtin Julia Söhne (mit Haushaltsplan) den städtischen Beteiligungshaushalt. (Foto: A. J. Schmidt)

ganze Geld?“, „Wofür wird es ausgegeben?“, „Was passiert mit dem Geld, das übrig bleibt?“ Fragen über Fragen.

Jetzt sind die Schülerinnen putzmunter – trotz Sportstunde. Christine Golz und Ronja Posthoff haben Mühe, die Mädchen zu bändigen, aber sie versprechen, dass alle Fragen bis zum Ende der Doppelstunde beantwortet sein werden. Die Neugier auf das politische Stadtgeschehen scheint nun endgültig geweckt zu sein. Jedenfalls sind die Schülerinnen eifrig bei der Sache, als sie überlegen sollen, was ihr Leben mit dem städtischen Haushalt zu tun hat. Auf Karteikarten schreiben sie Begriffe wie zur Schule fahren, Musik hören, WLAN, Freunde treffen und vieles mehr, was den Tag eines Teenies ausmacht.

In einer Kleingruppe wird reger diskutiert, ob denn nun die Stadt dafür zuständig ist,

dass es Kinos gibt. „Irgendwie schon“, erklärt Ronja Posthoff, „denn die Stadt muss für das Gebäude die Baugenehmigung erteilen, für den Betrieb des Kinos ist dann jedoch der jeweilige Pächter zuständig.“ Und für WLAN ist die Stadt indirekt auch zuständig, denn wenn sie gut mit schnellem Internet versorgt ist, siedeln sich auch mehr Firmen an, und diese bringen wiederum Steuereinnahmen. So geht es in einem fort weiter, bis in der zweiten Stunde die Stadträtin Julia Söhne kommt.

„Die ist ja noch voll jung!“, ist aus der hinteren Reihe zu hören, die umstehenden Mädchen lachen laut. Als Julia Söhne jedoch zu erzählen beginnt, lauschen alle aufmerksam. Die 23-Jährige sitzt seit zwei Jahren für die SPD im Gemeinderat und ist neben zahlreichen anderen Ausschüssen auch im Kinder- und Jugendhilfeaus-

schuss aktiv. Aufregend sei das, erzählt die junge Frau, weil man so direkt am Stadtgeschehen mitwirken kann.

## Beteiligung hängt nicht vom Alter ab

„Das könnt ihr jedoch auch“, ermuntert Julia Söhne die Schülerinnen, „dazu ist nämlich der Beteiligungshaushalt da. Ihr könnt dort Vorschläge einbringen, Kommentare abgeben oder einfach bewerten.“ Ob man dafür volljährig sein müsse, will Luise Koch wissen. „Nein, das Alter spielt keine Rolle“, klärt Christine Golz auf und schlägt der Klasse vor, sogleich einen Vorschlag gemeinsam zu überlegen und ins Online-Forum des Beteiligungshaushalts zu stellen. Die Begeisterung ist riesig: ein neuer Kunstrasen für den Fußballverein, Sprachkurse für Flüchtlinge mit Treffpunkt für alle, Klimaschutz, Unterstützung für ältere Menschen

und vieles mehr sprudelt nur so aus den siebenundzwanzig Mündern hervor.

Wie in einer richtigen Gemeinderatssitzung kann jedoch keine Einigung erzielt werden, weshalb abgestimmt wird. Mit elf Stimmen gewinnt der Klimaschutz. Der muss natürlich präzisiert werden, denn der Klimaschutz ist von Landes- und Bundesebene abhängig. „Na, ein Stadtteil, in dem keine Autos fahren, es Fahrradverleihstationen gibt und auch sonst auf die Umwelt achtgegeben wird“, stellt sich Sofia Reichenbach vor. Damit sind alle einverstanden. Nachdem Christine Golz den Vorschlag online gestellt hat, ruft Julia Söhne dazu auf, dass die Schülerinnen ihren Eltern, Großeltern, Geschwistern und allen, die sie treffen, vom Beteiligungshaushalt erzählen sollen. „Das ist echt eine verdammt gute Sache.“

## Amtsblattserie zum Haushalt

Das Amtsblatt begleitet die Beratungen zum Doppelhaushalt 2017/18 und die Bürgerbeteiligung mit einer Serie von thematischen Schwerpunktsseiten.



Im I. Teil (16. Dezember 2016) haben wir die Ergebnisse der **Bürgerumfrage** zum Haushalt vorgestellt. Ferner dokumentierten wir in Auszügen die **Haushaltsreden** von Oberbürgermeister Salomon (Teil II) und Erstem Bürgermeister Neideck (Teil III).

Das **Beteiligungsverfahren** haben wir in der Ausgabe am 13. Januar in einer Sonderbeilage ausführlich erläutert. Darin enthalten ist auch ein **Rückblick** auf die bisherigen Beteiligungshaushalte. Alle Beiträge der Serie sowie die Online-Plattform finden Sie im Internet unter [www.freiburg.de/beteiligungshaushalt](http://www.freiburg.de/beteiligungshaushalt).

# Geschlechtergerechtigkeit braucht Kostentransparenz

Haushaltsserie (Teil VI): Beim Thema Gender Budgeting ist Freiburg auf dem Weg

**Gender Budgeting ist nicht selbsterklärend und auch keine Selbstverständlichkeit. „Haushaltsplanung unter der Geschlechterperspektive“ wäre eine fast wörtliche Übersetzung, die zur Klarheit aber auch nur unwesentlich beiträgt. Dabei ist das Grundprinzip von Gender Budgeting relativ einfach. Im Folgenden versuchen wir, es zu erklären.**

Öffentliche Haushalte bilden die Verteilung der vorhandenen Mittel ab, sie sind Ausdruck politischer Prioritätensetzungen und somit eines der wichtigsten kommunalen Steuerungsinstrumente. Auch für sie gilt der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (siehe Kasten Stichwort) und damit die Herausforderung, durch gezielte Haushaltspolitik die Grundlage für die Gleichberechtigung der Geschlechter in unterschiedlichen Lebenslagen zu schaffen.

Dabei geht es nicht um eine pauschale 50:50-Verteilung des städtischen Budgets nach Frauen und Männern – sondern entsprechend des Bedarfs der Menschen, unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung. Doch wie sieht eine solch ge-

zielte Haushaltspolitik in der Praxis aus? Um die vorhandenen Mittel passgenau für mehr Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung einzusetzen, sind detaillierte Kenntnisse über ihre Wirkung erforder-

lich. Unter anderem muss geklärt sein, welche Zielgruppen erreicht werden, wem die finanziellen Mittel und Leistungen der öffentlichen Hand zugutekommen und ob sie zur Gleichstellung der Geschlech-



Voller Erfolg: Seit die Stadtbibliothek ihr Angebot für Jungs ausgeweitet hat, herrscht bei den Ausleihen fast Gleichstand mit den Mädchen. (Foto: A. J. Schmidt)

ter beitragen.

Zunächst einmal braucht es also vor allem harte Fakten, zum Beispiel bei der Sportförderung: Wer nutzt die Angebote der Sportvereine? Welcher Altersgruppe gehören die Nutzenden an? Kommen sie mit oder ohne Kinder? Dient Sportförderung der Integration unterschiedlicher Kulturen in die Mehrheitsgesellschaft?

Bei der Stadtbibliothek hat man solch detaillierte Erhebungen bereits in der Vergangenheit gemacht. Dabei wurde beispielsweise festgestellt, dass Jungen ab 11 Jahren sehr viel weniger Bücher ausleihen als Mädchen. Als Konsequenz hat die Stadtbibliothek genau für diese Zielgruppe vielfältige Bücher- und Medienangebote neu angeschafft – mit Erfolg: Lag das Geschlechterverhältnis 2004 noch bei 68 zu 32 zugunsten der Mädchen, so war 2015 fast ein Gleichstand erreicht. Jetzt sind es 51 Prozent Mädchen und 49 Prozent Jungs.

Seit 2010 ist Gender Budgeting auch in der Haushaltsplanung verankert. Damals hat der Gemeinderat entschieden, dass finanzrelevante Entscheidungen künftig in einzelnen Themenfeldern mit Gender Budgeting vorbereitet und dem Gemeinderat mit den entsprechenden Angaben vorgelegt

werden sollen. Im vergangenen Haushalt 2015/2016 wurden erstmals bei fünf Schlüsselprodukten genderrelevante Kennzahlen detailliert aufgeschlüsselt. Dieses Verfahren wird beim aktuellen Haushaltsentwurf fortgeführt.

Außer der Geschlechtergerechtigkeit hat Gender Budgeting einen weiteren großen Vorteil: Als notwendige Voraussetzung für eine gerechte Mittelverteilung stellt es Kostentransparenz her. Mit Hilfe von konkreten Nutzungszahlen lässt sich überprüfen, ob das Geld dort ankommt, wo es hin soll, und ob die damit verbundenen politischen Zielsetzungen auch erreicht werden. Das umzusetzen ist aber nicht einfach. Bislang gehen öffentliche Gelder oft vorrangig in jene Bereiche, deren Lobbygruppen es am besten gelingt, sich Gehör zu verschaffen. Künftig soll die Richtschnur zur Verteilung der Mittel allein der konkrete Steuerungsbedarf der Politik sein.

Noch sind die öffentlichen Haushalte und auch jener der Stadt Freiburg von diesem Idealzustand aber ein gutes Stück entfernt. Doch immerhin: Die Stadt Freiburg hat sich auf den Weg gemacht.

Mehr Informationen zum Thema Gender Mainstreaming unter [www.freiburg.de/gm](http://www.freiburg.de/gm)

## STICHWORT

Budgeting bedeutet Haushaltsplanung und bezieht sich auf die Planung der Einnahmen und Ausgaben. Gender drückt aus, dass die Geschlechterperspektive in die haushaltspolitischen Entscheidungen einfließt. **Gender Budgeting** bezeichnet damit die geschlechtergerechte Budgetanalyse der öffentlichen Haushalte. Es beschränkt sich nicht nur auf die Analyse von Haushaltsplänen, sondern zielt darauf, bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu beseitigen und damit zu mehr Chancengleichheit beizutragen.

**Diversity / Vielfalt** bedeutet im Verwaltungshandeln ganz konkret die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebens- und Ausgangslagen von Menschen und fußt somit auf den Grundlagen des Grundgesetzes und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes:

### Grundgesetz, Artikel 3:

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) § 1:** Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.